

26.02.2014

# Stadtrat sagt Ja zur Eishallen-gGmbH – mit einem großen ABER

Gestern Abend einstimmige Entscheidung

Regen. Einstimmig hat der Regener Stadtrat gestern Abend zugestimmt, die Eishalle Regen gemeinsam mit dem Landkreis in einer gemeinsamen gemeinnützigen GmbH (gGmbH) zu betreiben. Ein mögliches Modell hat Landrat Michael Adam in der vergangenen Woche vorgestellt. Ursprünglich hätte das Thema im nicht-öffentlichen Teil der Stadtratssitzung behandelt werden sollen. "Wir hatten mit Landrat Adam vereinbart, dass es erst in den Gremien behandelt wird, dann gehen wir an die Öffentlichkeit", so Bürgermeisterin Ilse Oswald. Nachdem Adam sein Konzept in der vergangenen Woche in einer Pressekonferenz publik gemacht hatte, behandelte es der Stadtrat auch öffentlich.

Der grundsätzlichen Zustimmung zum gGmbH-Modell folgte das Aber. Denn die Bedingungen, die Adam mit seinem Konzept an die Stadt stellt, will diese nicht in diesem Umfang erfüllen. Eine Forderung lautet, den jährlichen Betriebskostenzuschuss der Stadt Regen an die gGmbH auf 60 000 Euro zu beschränken. Adam will 70 000 Euro von der Stadt. Nächste Forderung: Sollte das Betriebskostendefizit höher als geplant ausfallen, soll es zu 100 Prozent der Landkreis übernehmen, nicht nur zu 50 Prozent, wie im Adam-Konzept vorgesehen.

Die Stadt will, nachdem sie Eigentümerin der Halle bleibt und an der der gGmbH zehn Prozent halten soll, auch die Entscheidungsfreiheit darüber haben, welche Sanierungsschritte in welchen Zeitabständen und in welchem Umfang laufen sollen. Außerdem sollen, so die Forderung des Stadtrats, die Betriebs-Instandsetzungs- und Bauunterhaltskosten für die Eishalle alleine von der gGmbH getragen werden.

Der nächste Punkt, über den wohl noch verhandelt wird: Sollte der Betrieb nach der zweijährigen Probephase der gGmbH nicht weitergeführt werden, weil für die anstehende Generalsanierung keine staatlichen Mittel bereitgestellt werden können, will die Stadt die vom Landkreis vorgestreckten 70 000 Euro für die Sanierungsarbeiten im Jahr 2014 nicht zurückzahlen. "Die Investition verbleibt beim Landkreis", wie es in der Beschlussvorlage heißt, der der Stadtrat einstimmig zugestimmt hat. Wunsch der Stadt: 50 Prozent der Generalsanierungskosten sollen vom Staat übernommen werden. Man hofft auf Minister Helmut Brunner, der den Wert der Eishalle wiederholt betont hat.

Positives Denken verrät die abschließende Bedingung: "Eventuell anfallende Gewinne beim Betrieb des Eissportzentrums werden zu 50 Prozent an die Stadt erstattet."

Nach dem jetzigen Zeitplan soll sich der Kreisausschuss in der Sitzung am 5. März mit dem Konzept der gGmbH beschäftigen.

luk